

Deutschland: Bundestag debattiert über Zuwanderung

Vertreter verschiedener Parteien haben sich Anfang Mai im Deutschen Bundestag für die Einführung eines Punktesystems zur Steuerung der Einwanderung ausgesprochen. Angesichts niedriger Zuwandererzahlen wurden auch Fragen des Familiennachzugs und der Flüchtlingsanerkennung kontrovers diskutiert. Anlass der Debatte war die Beratung des Migrationsberichts 2006.

Die Zuwanderung nach Deutschland befand sich 2006 auf dem tiefsten Stand seit Jahrzehnten. Der Wanderungssaldo betrug lediglich +23.000 Personen, wobei er im Hinblick auf deutsche Staatsbürger in den Jahren 2005 und 2006 sogar negativ war (vgl. MuB-online 1/08).

Punktesystem: Die SPD-Fraktion forderte die Bundesregierung angesichts der demografischen Entwicklung dazu auf, ein Auswahlverfahren zur Steuerung

der Zuwanderung zu schaffen. Deutschland leide unter Realitätsverweigerung, sagte die SPD-Abgeordnete Lale Akgün. Die Lösung sei eine Kombination aus Punktesystem und so genannter Engpasszuwanderung, wie sie bereits der damalige Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration vorgeschlagen hatte (vgl. MuB 9/04). Bei der Engpasszuwanderung wird die Anzahl der Zuwanderer mit bestimmten Qualifikationen für einzelne Branchen am Bedarf ermittelt. Daneben sei jedoch im Zuge nachholender Integration auch eine Bildungsoffensive nötig, um Menschen ohne Abschluss zu qualifizieren oder vorhandene Potenziale bei den Zugewanderten besser zu nutzen. Auch Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP, die ihrerseits im März 2008 einen entsprechenden Gesetzesantrag in den Bundestag eingebracht hatte, forderten die

Gründel. Stattdessen sei mehr Flexibilität bei der Bundesagentur für Arbeit, den Industrie- und Handelskammern sowie den Ausländerbehörden nötig. Die Linke forderte eine humanitäre Flüchtlingspolitik und die Beendigung der restriktiven Anerkennungspraxis.

Integration und Familiennachzug: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) betonte die Bekämpfung der Integrationsdefizite innerhalb der zweiten und dritten Generation als Schwerpunkt der aktuellen Migrationspolitik der Bundesregierung. Der Integrationsgipfel und die Deutsche Islamkonferenz leisteten hierzu einen wichtigen Beitrag. Insbesondere die Evaluierung und Weiterentwicklung der Sprach- und Integrationskurse bezeichnete Schäuble als wichtigen Schritt, um die Grundlagen für gleiche Teilhabe von Migranten an der Gesellschaft zu schaffen (vgl. MuB 4/08). Die deutsche Sprache sei eine notwendige Voraussetzung für gelingende Integration, deswegen habe die Bundesregierung auch im Zusammenhang mit dem Familiennachzug ein Minimum an Deutschkenntnissen als Voraussetzung eingeführt. Sprecher der Opposition kritisierten die in der jüngsten Reform des Aufenthaltsgesetzes verankerte Regelung, die nur für bestimmte Herkunftsländer gilt, dagegen vehement (vgl. MuB 6/07). Die Bundesregierung habe „Ehen zweiter Klasse“ geschaffen, erklärte die Sprecherin für Integration und Migration der FDP Sibylle Laurischk. Auch die Linke und Bündnis 90/Die Grünen forderten die sofortige Abschaffung der Regelung. Der Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Migration und Integration Rüdiger Veit sagte: „Hinsichtlich des Familiennachzugs sollten wir uns gemeinsam Gedanken über seine Förderung machen, statt ihn noch weiter zu begrenzen; denn die mit ihm verbundene Möglichkeit, mit Familie hier leben zu können, hat auch etwas mit Integration zu tun.“ Mit Inkrafttreten der Reform im August 2007 war der Ehegattennachzug stark zurückgegangen – im Vergleich zwischen dem 3. und 4. Quartal 2007 um insgesamt rund 40 %, bei Türken sogar um mehr als zwei Drittel. Die Bundesregierung führt dies wesentlich darauf zurück, dass sich die Antragsteller nach Einführung des Sprachnachweises zunächst auf die Sprachprüfung vorbereiteten und erst danach ihren Visumsantrag gestellt haben. Im ersten Quartal 2008 stiegen die Zahlen wieder merklich an.

Darüber hinaus regte der SPD-Abgeordnete Michael Bürsch an, im Zuge der Anerkennung der Zuwandererbevölkerung die doppelte Staatsbürgerschaft zuzulassen. Seit Anfang des Jahres 2008 müssen sich auf der Grundlage des so genannten Optionsmodells zahlreiche Jugendliche für eine ihrer beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden (vgl. MuB 1/08, 3/99). Ob die SPD noch im Rahmen der laufenden Legislaturperiode innerhalb der Großen Koalition Reformen in einem der beiden Bereiche durchsetzen will, blieb in der Debatte offen. *js*

Regulierung der Zuwanderung durch ein Punktesystem. Die Bundesregierung betreibe eine „systematische Politik der Zuwanderungsverhinderung“, so Josef Winkler, migrationspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen. CDU und CSU lehnten die Einführung eines solchen Auswahlverfahrens hingegen ab. „Wir brauchen kein Punktesystem und auch keine neuen Vorschriften hinsichtlich der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt“, sagte der CDU-Abgeordnete Reinhard

Inhalt	
Deutschland: Bundestag debattiert über Zuwanderung	1
Kurzmeldungen – Deutschland I	2
Deutschland: Ein Jahr Nationaler Integrationsplan (zwei Gastbeiträge)	2
Kurzmeldungen – Deutschland II	3
Kurzmeldungen – Welt I	3
Deutschland: Moscheebau in Köln-Ehrenfeld kann beginnen	4
Kurzmeldungen – Europa I	4
Italien: Drastische Verschärfung der Einwanderungspolitik	5
Kurzmeldungen – Welt II	5
Veranstaltungen / Literatur	5
Zusätzlich in der Internetausgabe (www.migration-info.de):	
Deutschland: Aufnahme christlicher Flüchtlinge aus dem Irak	
Frankreich: „Sans Papiers“ erstreiken Aufenthaltsrecht	
EU/Griechenland: Debatte um Asylpraxis	
Kurzmeldungen – Europa II	

Deutschland: Ein Jahr Nationaler Integrationsplan

Auf dem zweiten Integrationsgipfel am 12. Juli 2007 in Berlin verabschiedeten rund 90 Vertreter von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und zahlreichen Verbänden den „Nationalen Integrationsplan“. Die Teilnehmer gingen insgesamt rund 400 konkrete Selbstverpflichtungen ein, die eine

nachhaltige Integration von Zuwanderern möglich machen sollen (vgl. MuB 6/07). In zwei Gastbeiträgen für „Migration und Bevölkerung“ ziehen die Bundesintegrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) und die Bundesgeschäftsführerin der Türkischen Gemeinde in Deutschland Eren Ünsal eine vorläufige Bilanz.

Kurzmeldungen – Deutschland I

Hamburg/Hessen: Umgang mit afghanischen Flüchtlingen

Christdemokraten und Grüne (GAL) haben sich im April im Rahmen ihrer Koalitionsverhandlungen in Hamburg darauf geeinigt, den bestehenden Abschiebestopp für afghanische Familien zu verlängern. In Hessen gibt es dagegen keinen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland. Der hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) erklärte Mitte April, einer entsprechenden Aufforderung des Landtags nicht nachzukommen. Der neu gewählte hessische Landtag hatte mit der Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei gegen die geschäftsführende CDU-Landesregierung von Ministerpräsident Roland Koch (vgl. MuB 2/08) einen Abschiebestopp verlangt. Bouffier berief sich auf eine Grundsatzentscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs, der die Abschiebung eines Afghanen als rechtmäßig und zumutbar eingestuft hatte. www.landtag.hessen.de

Hamburg: Beratungsstelle

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat in Hamburg die bundesweit erste gewerkschaftliche Anlauf- und Beratungsstelle für Personen ohne rechtmäßigen Aufenthaltsstatus eingerichtet. Ziel sei es, v. a. Menschen in illegalen Beschäftigungsverhältnissen den Zugang zu ihren Rechten zu ermöglichen, etwa bei Verweigerung der Lohnzahlung durch den Arbeitgeber. Schätzungen zur Anzahl so genannter undokumentierter Migranten in Deutschland reichen von 500.000 bis 1 Mio. Personen.

NRW: Schwimmunterricht

Am 7. Mai lehnte das Düsseldorfer Verwaltungsgericht die Klage der Eltern einer zwölfjährigen muslimischen Schülerin ab, die ihre Tochter „aus religiösen Gewissensgründen“ vom koedukativen Schwimmunterricht befreien lassen wollten. Die Richter begründeten ihr Urteil damit, dass es vielfältige weitgehend verdeckende Bekleidungsmöglichkeiten gebe, um den schützenswerten religiösen Belangen der Schülerin Rechnung zu tragen. Somit sei ein Eingriff in die Religionsfreiheit auf ein Minimum reduziert. Bei der Abwägung zwischen dem Grundrecht auf Religionsfreiheit und dem staatlichen Erziehungsauftrag genieße in diesem Fall Letzterer Vorrang. Laut Gerichtssprecher Gerd-Ulrich Kapteina handelte es sich um ein „Pilotverfahren“, da zahlreiche muslimische Eltern ihre Töchter vom Sport- und Schwimmunterricht befreien möchten. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache wurde die Berufung zum Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster zugelassen (Az.: 18 K 301/08). www.vg-duesseldorf.nrw.de

Maria Böhmer: 2008 ist das Schlüsseljahr der Integration

Wir leben in einer Zeit des integrationspolitischen Aufbruchs, 2008 ist das Schlüsseljahr der Integration. Die Umsetzung des Nationalen Integrationsplans ist in vollem Gange. Bund, Länder und Kommunen, aber auch Unternehmen und Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Stiftungen, Medien, Sport- und Kulturorganisationen unternehmen enorme Anstrengungen, um die Integration in unserem Land voranzubringen. Eine herausgehobene Rolle bei der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans spielen die Migrantenorganisationen; ihnen kommt als Bindegliedern zu den verschiedenen Migrantengruppen eine wichtige Brückenfunktion zu.

Staat und Gesellschaft arbeiten Hand in Hand für die Integration - das hat es so in Deutschland noch nie gegeben. Alle Akteure haben erkannt, dass Integration angesichts von 15 Mio. Menschen aus 200 verschiedenen Herkunftsländern, die bei und mit uns leben, die gesellschaftspolitische Schlüsselaufgabe für unser Land ist. Der Anteil der Migrantinnen und Migranten wird weiter wachsen. Schon heute wird jedes dritte Kind in Deutschland in eine Zuwandererfamilie hineingeboren. Damit ist klar: Es geht nicht mehr um Fragen von Mehrheiten oder Minderheiten, sondern um die Zukunft unseres Landes.

Sehr viele Migrantinnen und Migranten haben längst ihren Platz in unserer Gesellschaft gefunden. Sie tragen mit ihren Leistungen zum Wohlstand und zur gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt unseres Landes bei und verdienen dafür Respekt

und Anerkennung. Gleichwohl haben die Integrationsprobleme in den zurückliegenden Jahren teilweise zugenommen. Gerade innerhalb der zweiten und dritten Generation der Zuwandererfamilien besteht zum Teil erheblicher Bedarf an nachholender Integration.

Zahlreiche Jugendliche mit Migrationshintergrund sprechen schlecht Deutsch, überdurchschnittlich viele von ihnen verlassen die Schule ohne Abschluss. Vier von zehn Jugendlichen mit Migrationshintergrund bleiben ohne jede berufliche Qualifikation. Häufige Arbeitslosigkeit und materielle Armut in Migrantenfamilien sind die Folgen. Zudem akzeptieren einige die Grundregeln unseres Zusammenlebens nicht; das gilt auch hinsichtlich der Rechte von Frauen und Mädchen.

Die Bundesregierung hat deshalb in der Integrationspolitik umgesteuert. Sie geht neue Wege einer aktivierenden und nachhaltigen Integrationspolitik, die die Potenziale der Zugewanderten stärkt und nicht allein auf Defizite fokussiert. Ausdruck dieser neuen Integrationspolitik ist der Nationale Integrationsplan, der rund 400 Maßnahmen und Selbstverpflichtungen von Bund, Ländern und Kommunen, gesellschaftlichen Gruppen und Migrantenorganisationen enthält.

In der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans geht der Bund mit gutem Beispiel voran: Er hat zum 1. Januar 2008 die neue Integrationskursverordnung in Kraft gesetzt und damit sein wichtigstes Integrationsinstrument qualitativ und quantitativ deutlich aufgewertet. Die Bundesregierung hat eine Qualifizierungsinitiative auf den Weg gebracht, die Jugendlichen aus Zuwandererfamilien verbesserte Chancen auf den Erhalt eines Ausbildungsplatzes geben wird. Durch die BAföG-Novelle haben ausländische Jugendliche nun einen deutlich besseren Zugang zur staatlichen Berufsausbildungsförderung. Das bundesweite Netzwerk für Bildungs- und Ausbildungspaten stärkt das bürgerschaftliche Engagement im Kernbereich der Integration. Mit der Kampagne „Vielfalt als Chance“ wird der Integrationsgedanke auch in der Wirtschaft stärker verankert.

Auch die Länder sind entscheidende Schritte zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans gegangen. Inzwischen gibt es in allen Bundesländern Sprachstandstests und Sprachförderung vor der Einschulung.

Viele Städte und Gemeinden leisten mit kommunalen Integrationsplänen schon lange eine erfolgreiche Integrationsarbeit, die sie im Zuge der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans intensivieren. Die vielfältigen Aktivitäten der Sozialpartner, der gesellschaftlichen Gruppen, der Migrantenorganisationen und der übrigen am Nationalen Integrationsplan Mitwirkenden aufzuzählen, würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen. Im November 2008 wird die Bundesregierung eine erste Zwischenbilanz zur Umsetzung ziehen. Schon jetzt liegen viele positive Rückmeldungen vor.

Kurzmeldungen – Deutschland II

Rechtsextreme Vereine verboten
Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat Anfang Mai zwei rechtsextreme Organisationen aus Nordrhein-Westfalen verboten, die mit ihrer Vereinstätigkeit gegen § 3 des Vereinsgesetzes verstoßen. Das 1963 gegründete „Collegium Humanum – Akademie für Umwelt und Lebensschutz e. V.“ einschließlich seiner Teilorganisation „Bauernhilfe e. V.“ sowie der „Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ richteten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik und verstießen durch ihre fortgesetzte Leugnung des Holocausts gegen geltendes Recht, heißt es in der Erklärung des Innenministeriums. Mit Inkrafttreten des Verbots ist den Vereinen jede Betätigung sowie die Bildung von Ersatzorganisationen untersagt. www.bmi.bund.de

Verfassungsschutzbericht 2007

Im Jahr 2007 sind in Deutschland weniger politisch motivierte Straftaten verübt worden (28.538) als im Vorjahr (29.050). Dies geht aus dem Verfassungsschutzbericht 2007 hervor, den Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) Mitte Mai vorgestellt hat. Trotz eines leichten Rückgangs blieb das Niveau der rechtsextrem motivierten Delikte auf hohem Niveau (2007: 17.607; 2006: 18.142). Deutlich weniger Straftaten hatten einen linksextremen Hintergrund, auch wenn in diesem Bereich ein leichter Anstieg stattgefunden hat (2007: 5.866; 2006: 5.363). Die Zahl der von Ausländern verübten politisch motivierten Delikte ist gestiegen (2007: 902; 2006: 691). Die Gefährdung der inneren Sicherheit durch den islamistischen Terror bleibe unverändert hoch, heißt es weiter im Bericht. Die Tätigkeiten von ausländischen islamistischen Organisationen würden sich in Deutschland derzeit vorrangig auf das Sammeln von Spendengeldern beschränken. www.bmi.bund.de

im Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht, die trotz erheblicher Proteste an den Arbeitsgruppen des NIP und den Migrationsverbänden vorbei durchgesetzt wurden. Erhebliche Einschnitte in die Grundrechte von

Kurzmeldungen – Welt I

UN: Neuer Darfur-Bericht

Der seit fünf Jahren andauernde Bürgerkrieg in der westsudanesischen Region Darfur hat seit 2003 etwa 300.000 Opfer gefordert. Das sind rund 100.000 mehr als bisher angenommen, so die Vereinten Nationen in einer aktuellen Einschätzung der Lage. Der Botschafter Sudans bei den Vereinten Nationen Abdalmahmoud Abdalhaleem Mohamad bestritt dies und bezifferte die Todesopfer seit 2003 auf lediglich 10.000 Menschen. Der für humanitäre Angelegenheiten zuständige UN-Koordinator John Holmes sagte, allein in diesem Jahr seien zudem bereits 100.000 Menschen vertrieben worden, viele davon nicht zum ersten Mal.

Die Integration nachhaltig zu verbessern, ist eine Aufgabe, die einen langen Atem erfordert. Viele der jetzt eingeleiteten Maßnahmen werden ihre volle Wirkung erst in einigen Jahren entfalten. Dennoch, ein wesentliches Ziel ist bereits erreicht: Die Ak-

tivierung aller am Integrationsprozess Beteiligten ist unumkehrbar. Jetzt kommt es darauf an, den Schwung der integrationspolitischen Aufbruchstimmung zu nutzen, die wir mit dem Nationalen Integrationsplan erzeugt haben. *Maria Böhrer, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*

Weitere Informationen:

www.integrationsbeauftragte.de

Eren Ünsal: Integration nach Plan? – Das erste Jahr

Um Probleme frühzeitig und systematisch anzugehen, benötigen wir eine nachhaltige und partizipative Integrationspolitik. Mit dem Beginn der Entwicklung des Nationalen Integrationsplans (NIP) wurde ein lang erhofftes positives Signal für Integration gesetzt. Der NIP definierte Integration erstmals als Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen und in allen Politikfeldern und betonte die gemeinsame Verantwortung der gesellschaftlichen Akteure.

Erstmals wurden auch Migrantinnen und Migranten selbst an den Tisch gebeten, um ihre Perspektiven und Vorschläge zu erläutern. Der sachliche und wertschätzende Diskussionsprozess gab Grund zur Hoffnung auf eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Politik, den Verwaltungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Weiterentwicklung einer partizipativen Integrationspolitik.

Diese Hoffnungen wurden getrübt durch Verschärfungen im Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht, die trotz erheblicher Proteste an den Arbeitsgruppen des NIP und den Migrationsverbänden vorbei durchgesetzt wurden. Erhebliche Einschnitte in die Grundrechte von Menschen mit Migrationshintergrund haben das Vertrauen der Communities in die deutsche Integrationspolitik merklich erschüttert.

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) betrachtet Integration als einen Prozess, der beidseitig ist und von der Mehrheitsgesellschaft sowie von Minderheitengruppen verlangt, sich mit ihren Fähigkeiten und Potentialen für die Teilhabe aller Gruppen in der Gesellschaft einzusetzen. Hierzu müssen einerseits adäquate Integrationsangebote bereitgestellt und andererseits diese auch

von den unterschiedlichen Communities angenommen werden.

Die Beteiligung der Migrationsverbände bei der Konzeption, Kommunikation und Durchführung solcher Angebote ist ein zentraler Erfolgsfaktor bei der Umsetzung des NIP. Aus diesem Grund hat auch die TGD eine Reihe von Selbstverpflichtungen abgegeben. Sie zielen v. a. darauf, Menschen mit Migrationshintergrund zur aktiven Beteiligung an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen zu motivieren.

So hat die TGD im Herbst 2006 eine breite Kampagne unter dem Titel „Bildung für Zukunft“ gestartet. Sie hat das Ziel, binnen fünf Jahren die Zahl türkischstämmiger Schulabgänger ohne Abschluss zu halbieren, die der mittleren Schulabschlüsse zu verdoppeln und die Zahl der Abiturienten deutlich zu erhöhen.

Auf Landesebene wurden inzwischen Elternakademien eingerichtet, die Eltern zu „Bildungsbotschaftern“ schulen. In Seminaren werden insbesondere türkischstämmige Eltern über das deutsche Schulsystem sowie ihre Mitwirkungsmöglichkeiten, Rechte und Pflichten aufgeklärt. Daneben werden erfolgreiche türkischstämmige Schul- und Hochschulabsolventen unter dem Motto „Ich habe es geschafft, du schaffst es auch!“ zu „Jugend-Bildungspaten“ ernannt. Sie sollen ihrerseits Jugendliche begleiten und als Vorbilder für eine gelungene Bildungslaufbahn fungieren. Flankiert werden diese Aktivitäten durch eine bundesweite Berufsausbildungskampagne „Youngsters for Best Practice“, die die TGD seit Oktober 2007 durchführt.

Im Rahmen des NIP wurden mehr als 400 Selbstverpflichtungen von den unterschiedlichsten Institutionen und Organisationen abgegeben. Bis zur Entwicklung dieser Strategie hat es quasi Jahrzehnte der Integrationspolitik gedauert. Ein Jahr der Umsetzung ist daher ein zu kurzer Zeitraum, um eine fundierte Einschätzung abzugeben. Auch fehlen eine strukturierte Evaluation des Prozesses und ein Gremium zum Qualitätsmanagement, das die Aktivitäten rund um den NIP beobachtet und begleitet. In diesem Zusammenhang hatte die TGD die Einrichtung eines Bundesbeirates für Integration und Migration gefordert. Ein solcher Beirat existierte bereits beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und wurde bedauerlicherweise bei der letzten Reform des Zuwanderungsgesetzes aufgelöst.

Eine weitere Möglichkeit, die Qualität der Maßnahmen zu sichern, besteht in der Weiterführung der im Rahmen des NIP gegründeten Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppen haben nicht nur eine aktivierende Funktion und sichern damit das Engagement, sie dienen auch zur stetigen Verbesserung der Angebote durch die Weiterführung des Diskussionsprozesses und ermöglichen einen direkten Informationsfluss.

Die sporadischen Anhörungen der Verbände sind ein erster Schritt, haben sich aber als wenig effektiv herausgestellt, da völlig unklar bleibt, wie mit den Positionen der Verbände im weiteren Verfahren umgegangen wird. Hier wäre ein regelmäßiges Anhörungsverfahren wünschenswert, das deutlich macht, auf welche Weise die Verbände Einfluss nehmen können.

Insgesamt zeichnet sich ab, dass die beteiligten

Akteure mit Nachdruck an der Erfüllung ihrer selbstgesetzten Ziele arbeiten. Dies ist ein beachtenswertes Zwischenergebnis und zeigt das große Interesse der beteiligten Akteure an einer erfolgreichen und nachhaltigen Umsetzung des Nationalen Integrationsplans. *Eren Ünsal, Bundesgeschäftsführerin der Türkischen Gemeinde in Deutschland*

Weitere Informationen: www.tgd.de

Deutschland: Moscheebau in Köln-Ehrenfeld kann beginnen

Nach jahrelanger Planung können die Bauarbeiten für die erste repräsentative Moschee in Köln voraussichtlich diesen Sommer beginnen. Mitte April reichte die Ditib, der größte deutsch-muslimische Dachverband, die endgültigen Baupläne bei der Stadt ein. Im August steht die Abstimmung darüber auf der politischen Tagesordnung. Mit der Vollendung des Baus wird für Ende 2010 gerechnet.

Der Impuls für den Bau einer repräsentativen Moschee mit klassischen osmanischen Bauelementen wie Minaretten und Kuppel ging 2001 vom Kölner Stadtrat aus. Gestützt auf einen breiten politischen Konsens entschied der Stadtrat im selben Jahr, dass für die ca. 120.000 in Köln lebenden Muslime (ca. 12 % der Gesamtbevölkerung) eine repräsentative Moschee gebaut werden solle. Ziel dieser Entscheidung war es, für Kölner Muslime einen würdevollen Raum für die Ausübung ihrer Religion zu schaffen.

Da sich die in Köln ansässigen muslimischen Vereine nicht auf ein gemeinsames Projekt einigen konnten, ergriff die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religionen e. V. (Ditib), der mitgliederstärkste Moscheeverein in Köln, 2003 die Initiative. Mit dem Vorschlag, das bisherige Gemeindezentrum, eine baufällige Chemiefabrik in Köln-Ehrenfeld, durch eine repräsentative Moschee zu ersetzen, wandte sie sich an die Stadt. Diese nahm den Vorschlag positiv auf. Daraufhin holte die Ditib 2005 ein Verkehrsgutachten ein und schrieb einen Architektenwettbewerb aus. 2006 erhielt der Sieger des Wettbewerbes, das Architekturbüro Böhm, den Bauauftrag. Die Moschee sollte nach ursprünglichen Planungen über eine 35 Meter hohe Kuppel, zwei 55 Meter hohe Minarette sowie neben einem Gebetsraum auch über Räumlichkeiten für soziale Aktivitäten und Verkaufsflächen verfügen.

Bereits nach dem Beschluss des Stadtrats 2001 formierte sich in Köln Widerstand gegen das Bauvorhaben. Durch Unterschriftenaktionen, Petitionen, Demonstrationen und Diskussionsveranstaltungen machte die „Bürgerbewegung Pro Köln e. V.“ gegen den Moscheebau mobil. Bei den Kommunalwahlen 2004 erreichte das Bündnis durchschnittlich 5 % der abgegebenen Stimmen und zog in alle Bezirksvertretungen und den Stadtrat ein. Trotz dieses Erfolgs bei Teilen der Bevölkerung blieb „Pro Köln“ in der Öffentlichkeit eine wenig einflussreiche Organisation, die vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wurde.

Im Mai 2007 spitzte sich der Konflikt weiter zu, als der Kölner Stadtanzeiger ein Streitgespräch zwischen dem jüdischen Publizisten und Holocaust-Überlebenden Ralph Giordano und dem Dialogbeauftragten der Ditib Bekir Alboga organisierte (vgl. MuB 5/07). Alboga unterstrich den integrativen Charakter des Bauprojekts. Seiner Analyse nach stehe „die Integration der muslimischen Minderheit in Deutschland am Anfang“. Der Bau der Moschee sei für ihn „ein Zeichen“, dass die Ditib sichtbar werden möchte, um so einen Beitrag für das Gelingen der Integration in Köln zu leisten. Dem stellte Giordano massive Kritik an dem Bauvorhaben entgegen: Die Integration der muslimischen Minderheit in Deutschland sei gescheitert und der Bau einer Moschee würde ein „falsches Signal“ setzen.

Wurden vor dem Streitgespräch überwiegend baurechtliche und infrastrukturelle Probleme wie ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und Parkplatzmangel in der Öffentlichkeit thematisiert, ging es nun zunehmend um integrationsrelevante und religionsbezogene Argumente wie die Warnung vor Islamisierung, Terrorgefahr und einer Verfestigung einer muslimischen bzw. türkischen Parallelgesellschaft. Eine breite öffentliche Diskussion entfachte sich und im Sommer 2007 wurde sowohl für als auch gegen die Moschee demonstriert. Das geteilte Meinungsbild spiegelte sich auch in Auseinandersetzungen innerhalb der Kölner CDU wider. Insbesondere der Ehrenfelder Ortsverband forderte eine parteiinterne Debatte zum Moscheebauprojekt. Infolge dessen stimmten auf einem Sonderparteitag der Kölner CDU 99 % der anwesenden Parteimitglieder einem Leit-antrag zu, der zwar grundsätzlich einen Moscheebau befürwortete, die Anforderungen allerdings so hoch steckte, dass eine Zustimmung zum aktuellen Ditib-Entwurf nicht mehr möglich war. Der politische Konsens in Köln brach daraufhin auseinander.

Nachdem im November 2007 ein überarbeitetes Modell sowie ein veränderter Bebauungsplan vorgelegt wurden, zog die Ditib ihr Modell im Januar 2008 überraschend zurück und verkleinerte im Vergleich zum früheren Entwurf die Innenräume der Moschee. Im Mai wurde der Bebauungsplan erneut der Öffentlichkeit präsentiert. Im August 2008 sollen dann die Bezirksversammlung Ehrenfeld, der Stadtentwicklungsausschuss und der Kölner Stadtrat über den Bebauungsplan abstimmen. Die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Linken würden ausreichen,

Kurzmeldungen – Europa I

EU: Forschungszentrum Migrationspolitik
Noch in diesem Jahr soll am Europäischen Hochschulinstitut (EHI) in Florenz eine unabhängige Forschungsplattform zur europäischen Migrationspolitik eingerichtet werden. Das gab der damalige für Justiz und Inneres zuständige EU-Kommissar Franco Frattini im März bekannt. Das „Europäische Zentrum für Migrationspolitik“ soll als Bindeglied zwischen Politikgestaltung und Forschung dienen und sich u. a. mit den europäischen Arbeitsmärkten, dem demografischen Wandel, der Integrationspolitik, Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Einwanderung und der Entwicklung von Datenbanken zu Forschungszwecken beschäftigen. Wichtigstes Ziel sei es, „Forschungsergebnisse in realistische politische Empfehlungen zu übersetzen und die Ausrichtung der europäischen Politik in diesem Bereich mitzutragen“, sagte Frattini. Das Zentrum wird voraussichtlich im Herbst 2008 eröffnet. <http://www.iue.it>

Dänemark: Kopftuchverbot angekündigt
Die dänische Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen (Venstre, rechtsliberal) plant ein Verbot von Kopftüchern, Turbanen, Kippas und anderen religiösen Symbolen für Richter und sonstige Juristen an Gerichten. Die Initiative ging von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei aus, auf deren Stimmen die Regierung seit Ende 2001 angewiesen ist. Die Dänische Volkspartei hatte in einer äußerst umstrittenen und polemischen Medienkampagne für das Verbot geworben. Der Vorsitzende des dänischen Richterverbands Jørgen Lougart sagte, ihn verwundere das Vorhaben sehr, denn im ganzen Land habe es noch keinen einzigen Richter mit Turban oder eine Richterin mit Kopftuch gegeben.

um dem geänderten Bepflanzungsplan zuzustimmen. Die Zustimmung ist die Voraussetzung für die Erteilung einer Baugenehmigung und den Beginn der Bauarbeiten.

Kurzmeldungen – Welt II

Südafrika: Gewalt gegen Ausländer

In Südafrika finden seit Mitte Mai landesweit gewalttätige Übergriffe auf schwarzafrikanische Ausländer statt. Vorrangig Jugendliche attackieren willkürlich Ausländer, plündern Geschäfte und stecken Häuser in Brand. Vor allem Einwanderer ohne gültigen Aufenthaltsstatus aus Malawi, Mosambik, Somalia und Simbabwe sind Ziel der Angriffe. Die Randalierer werfen ihnen vor, den Einheimischen die Arbeit wegzunehmen und für die steigende Kriminalität verantwortlich zu sein. Südafrika hat in den vergangenen Jahren mit seiner florierenden Wirtschaft viele Arbeitsmigranten angezogen. Von den 50 Mio. Einwohnern sind rund 10 % (5 Mio.) Ausländer. Allein 3 Mio. Flüchtlinge sind in den vergangenen acht Jahren aufgrund politischer Verfolgung aus dem benachbarten Simbabwe nach Südafrika geflohen. Beobachter verweisen im Zusammenhang mit den Unruhen auf die zunehmende Arbeitslosigkeit, Armut und Gesetzlosigkeit und hatten schon seit Jahren ein Ansteigen der Fremdenfeindlichkeit in Südafrika befürchtet (vgl. MuB 6/02, 3/00). Nach offiziellen Angaben sind bisher mindestens 56 Menschen getötet worden, mehr als 30.000 Menschen haben in Notunterkünften Schutz gesucht. Menschenrechtsorganisationen schätzen diese Zahlen weit höher. Die südafrikanische Regierung setzte auch das Militär ein, um die Polizei zu unterstützen. Viele Mosambikaner und Simbabweer fliehen in ihre Heimatländer. Nach Angaben der Regierung von Mosambik sind bereits mehr als 20.000 Mosambikaner in ihre Heimat zurückgekehrt.

China: Restriktive Visa-Vergabe

Die Volksrepublik China hat in den vergangenen Monaten die Bedingungen für die Erteilung von Visa an Ausländer für die Zeit der olympischen Sommerspiele 2008 erschwert. Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus während der anstehenden Olympischen Spiele will die chinesische Regierung auf diese Weise für die nationale Sicherheit und die Sicherheit von Ausländern sorgen. Vor allem Geschäftsleute und Austauschstudenten sind von den strengeren Vergaberegeln betroffen. Geschäftsleute müssen nun für jede Reise ein Visum beantragen, Visa für mehrfache Einreisen wurden seit April nicht mehr erteilt. Austauschstudenten haben nach Auskunft einer Sprecherin der Universität Peking momentan Schwierigkeiten, ihr Visum für ein Folgesemester zu verlängern. Bereits im vergangenen Jahr hatte die chinesische Regierung die Registrierungsspflicht für Ausländer verschärft. Ausländer, die nicht als Touristen einreisen, müssen sich innerhalb von 48 Stunden bei den örtlichen Polizeibehörden registrieren lassen.

Wie das Kölner Beispiel zeigt, ist bei Moscheebauvorhaben mit Widerstand aus der lokalen Bevölkerung zu rechnen. Zum einen verfügbaren involvierte Bürger über ein hohes Informationsbe-

dürfnis und zum anderen waren diffuse Ängste auszumachen. Neben baurechtlichen und infrastrukturellen Aspekten flossen vermehrt integrationsrelevante und islambezogene Argumente in die Debatte ein. Das Moscheebauvorhaben fungierte somit als Aufhänger für grundsätzliche Diskussionen über die Integration und die Rolle des Islams in Deutschland. *Wenke Niehues, Studentin der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin*

Italien: Drastische Verschärfung der Einwanderungspolitik

Nach dem deutlichen Wahlsieg des Rechtsbündnisses Popolo della Libertà (PDL, Volk der Freiheit) unter der Führung von Silvio Berlusconi im April hat ein Kurswechsel in der italienischen Einwanderungspolitik stattgefunden. In Zukunft soll härter gegen Immigranten ohne rechtmäßigen Aufenthalt vorgegangen werden.

Bereits während des Wahlkampfes hatte die PDL mit Slogans wie „Nie mehr illegale Einwanderer vor der Haustür“ für einen härteren Umgang mit undokumentierten Einwanderern geworben. Auf seiner konstituierenden Sitzung am 21. Mai in Neapel beschloss das italienische Kabinett erste konkrete Maßnahmen. Künftig wird illegale Einwanderung als Straftat betrachtet und soll mit bis zu vier Jahren Haft geahndet werden. Bisher gilt sie nur als Ordnungswidrigkeit. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag soll demnächst ins Parlament eingebracht werden.

Begehen irreguläre Einwanderer (so genannte Clandestini) weitere Delikte, so soll das Strafmaß ein Drittel über dem normalen Niveau liegen, das für Italiener und reguläre Einwanderer gilt. Ausländer, die zu Haftstrafen von mehr als zwei Jahren verurteilt

werden (bisher zehn Jahre), sollen automatisch ausgewiesen werden.

Italienern, die Wohnraum an die Clandestini vermieten, drohen drastische Strafen, etwa die Beschlagnahme der Wohnung. Ferner soll die Eheschließung mit Ausländern erschwert werden. Auslandsüberweisungen sollen nur noch gegen Vorlage der Aufenthaltsgenehmigung möglich sein. Als weitere Maßnahmen sind Gentests zur Kontrolle bei der Familiensammenführung (vgl. MuB 8/07) und der Bau neuer Aufnahmelager für Flüchtlinge im Gespräch. Die bereits bestehenden Aufnahmestätten, etwa auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa, sind ständig überfüllt (vgl. MuB 9/06).

Auch Bürger der Europäischen Union (EU) sollen künftig leichter des Landes verwiesen werden können, wenn die öffentliche Sicherheit dies erfordert und wenn sie sich länger als drei Monate ohne ausreichende Eigenmittel im Lande aufhalten. Mit dieser Maßnahme will die Regierung die Migration von Sinti und Roma mit rumänischer Staatsbürgerschaft begrenzen bzw. rückgängig machen, die seit dem EU-Beitritt Rumäniens Anfang 2007 verstärkt nach Italien einwanderten; Schätzungen gehen von 50.000 bis 150.000 Personen aus.

EU-Sozialkommissar Vladimír Špidla hatte den Umgang mit den Sinti und Roma am Vortag des Treffens der italienischen Minister scharf kritisiert. Über Ausweisungen müsse jeweils „von Fall zu Fall“ entschieden und die „Dringlichkeit klar gerechtfertigt“ werden, sagte er vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Grundsätzlich hätten Sinti und Roma das gleiche Recht auf Freizügigkeit wie alle anderen EU-Bürger, betonte er. Špidla verurteilte zugleich die Ausschreitungen gegen diese Minderheitengruppe, zu denen es in den vergangenen Wochen in Italien gekommen war. Mitte Mai wurden mehrere Brandanschläge auf Wohnsiedlungen von Roma verübt, nachdem eine junge Frau dieser Volksgruppe versucht haben soll, ein Baby zu entführen. Im gleichen Zeitraum wurden bei Polizei-Großeinsätzen in mehreren italienischen Regionen etwa 500 Einwanderer festgenommen und Dutzende abgeschoben. Der neue Innenminister Roberto Maroni (Lega Nord) wies die Kritik des EU-Kommissars als unangemessene Einmischung des Auslands zurück. *me*

Veranstaltungen / Literatur

Erinnerung, Kunst und Kultur - Erinnerungskultur und der Umgang mit Vergangenheit seit 1989

Die interdisziplinäre Tagung reflektiert über indi-

viduelle und kollektive Gedächtnisse und Erinnerungskulturen in Polen, Deutschland, Tschechien, Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo nach 1989. Ziel der Tagung ist es, den Dialog und den aktiven Austausch zwischen Kunst, Kultur und Wissenschaft zu öffnen, um nationale, transnationale

und europäische Erinnerungskulturen zu hinterfragen.

Veranstalter: Netzwerk Migration in Europa e. V. in Kooperation mit der Allianz Kulturstiftung, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Haus der Kulturen der Welt

Termin / Ort: 2./3.7.2008, Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin

Zielgruppe: Multiplikatoren, Studierende, interessierte Öffentlichkeit

Anmeldung: bis 15. Juni 2008

Informationen: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstr. 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 21280792, Fax: +49 (0)30 84109268, info@network-migration.org

Ein Leadership-Programm für junge Führungskräfte aus Migrantenorganisationen

Veranstalter: Bertelsmann Stiftung

Datum/Ort: vier Wochenenden zwischen Oktober 2008 und Juni 2009, Berlin

Inhalt: Bei dem Leadership-Programm handelt es sich um ein Qualifizierungs- und Vernetzungsprogramm für junge Verantwortungssträger aus Zuwanderervereinigungen, die sich bundes- oder landesweit für Integration engagieren. Das Programm zielt auf die Stärkung ihrer individuellen Handlungskompetenzen. Zugleich will es die Migrantenorganisationen in ihrer Arbeit unterstützen und sie über ihre jungen Führungskräfte in ein Netzwerk zur Verbesserung der Integrationsbemühungen einbinden.

Kosten: Alle anfallenden Reise-, Übernachtungs- und Seminarkosten übernimmt die Bertelsmann Stiftung.

Bewerbungsfrist: bis 31. Juli 2008

Ansprechpartnerin: Kristina Neumann, E-Mail: kristina.neumann@bertelsmann.de, Tel.: +49 (0)5241 8181428, www.bertelsmann-stiftung.de/leadership-mo

Citizenship Education Facing Nationalism and Populism in Europe. Strategies – Competencies – Practice

New nationalist and populist movements have arrived in Europe. Citizenship education has to search for new ways to address the conflicts associated with these specific and complex variants of nationalism and

populism. The conference will start to examine these new expressions of nationalism and populism and seek explanations for what causes them. It will also focus on placing these swings in a European framework.

Organised by: Federal Agency for Civic Education, the Foundation "Remembrance, Responsibility and Future", the Goethe Institute Bulgaria and the Austrian Federal Ministry for Education, Arts and Culture in cooperation with the Center for Citizenship Education, Poland, the Centre for Liberal Strategies, Bulgaria and the Allianz Cultural Foundation, Germany.

Date: November 6-8, 2008

Location: Sofia, Bulgaria

Target Group: multipliers, educators, and young professionals in civic and education projects

Participation Fee: 100 Euro

Further Information and Pre-Registration: www.bpb.de/veranstaltungen/EAJQGO,0,0,Citizenship_Education_Facing_Nationalism_and_Populism_in_Europe.html

Literatur

Bertelsmann Stiftung, Migration Policy Institute (Hg.): **Migration und Integration gestalten. Transatlantische Impulse für globale Herausforderungen.** 2008, Gütersloh, ISBN 978-3-89204-948-7, 28 Euro, Online-Bestellung: www.bertelsmann-stiftung.de (unter „Publikationen“)

Birgit Glorius: **Transnationale Perspektiven. Eine Studie zur Migration zwischen Polen und Deutschland.** 2007, Bielefeld, ISBN: 978-3-89942-745-5, 29,80 Euro, Online-Bestellung: www.transcript-verlag.de

Mechtild Gomolla, Frank-Olaf Radtke: **Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule.** 2. durchges. u. erw. Aufl. 2007, Wiesbaden, ISBN 978-3-531-15487-9, 24,90 Euro, Online-Bestellung: www.vs-verlag.de

Monika Kirloskar-Steinbach: **Gibt es ein Menschenrecht auf Immigration? Politische und philosophische Positionen zur Einwanderungsproblematik.** 2007, Paderborn, ISBN: 978-3-7705-4420-2, 32,90 Euro, Online-Bestellung: www.fink.de

Axel Kreienbrink, Edda Curle, Ekkehart Schmidt-Fink, Manuela Westphal, Birgit Behrensen: **Rückkehr aus Deutschland. Forschungsstudie 2006 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks. Forschungsbericht 4 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.** 2007, Nürnberg, ISBN 3-9807743-8-4, Online-Bestellung und Download: www.bamf.de

Matthias Neske: **Menschenschmuggel. Deutschland als Transit- und Zielland irregulärer Migration.** 2007, Stuttgart, ISBN 978-3-8282-0397-6, 36 Euro, Online-Bestellung: www.luciusverlag.com



Neu bei focus Migration

Auf der Informationsplattform focus Migration ist ein neues Kurzdossier erschienen: „Integrationspolitik auf regionaler Ebene in Deutschland“ von Andreas Damelang (IAB, Nürnberg) und Max Steinhardt (HWWI, Hamburg)

Seit 2007 liegt der Nationale Integrationsplan vor (siehe auch S. 2/3). Da knapp ein Fünftel der ausländischen Bevölkerung in den sechs größten Städten Deutschlands lebt und zudem der städtische Handlungsspielraum bei der Ausgestaltung der Vorgaben des Nationalen Integrationsplans sehr groß ist, beleuchtet und beschreibt das Kurzdossier die verschiedenen Konzepte und Maßnahmen zur Integration in den sechs größten deutschen Städten: Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt/M. und Stuttgart. Das Kurzdossier Nr. 10 liegt in Deutsch und Englisch vor: www.focus-migration.de/Kurzdossiers.1348.0.html

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 4563173, Fax: +49 (0)30 92400996, E-Mail: MuB@network-migration.org; newsletter@focus-migration.de; ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Redaktion: Antje Scheidler (verantw.), Stefan Alscher, Marcus Engler, Jennifer Elrick (HWWI), Thomas Hummitzsch, Rainer Münz, Veysel Özcan, Ulrike Pape, Jan Schneider (i. A. der bpb), Christoph Wöhrle; Redaktionsschluss: 26.5.2008

Bestellung: www.migration-info.de/kontakt oder newsletter@focus-migration.de

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Weitere Online-Ressourcen: www.network-migration.org, www.bpb.de, www.migration-research.org, www.focus-migration.de

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar unter: www.migration-info.de